

MEDIENKONFERENZ VOM 20. AUGUST 2010

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Gewerkschaftliche Lohnforderungen

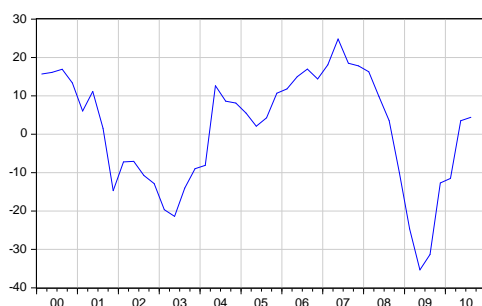
Lohnerhöhungen – weil sie verdient sind und für Stabilität sorgen

Beeindruckende konjunkturelle Erholung

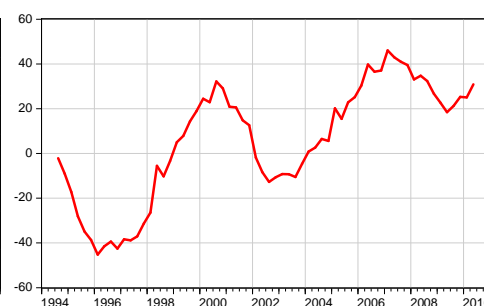
Die Schweizer Wirtschaft profitiert seit einigen Monaten branchenübergreifend von einer konjunkturellen Erholung. Während die auch während der Krise robust weiterwachsenden binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren auf ihrem Wachstumspfad bleiben, konnten die von der Krise erfassten Branchen – insbesondere die auf den Export ausgerichteten Industriebranchen (Maschinenindustrie, Zulieferindustrie u.a.) sowie der Tourismus – wieder höhere Bestellungseingänge und Umsätze verzeichnen.

Sehr viele Firmen haben während der Krise Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen. Diese zielten überwiegend auf eine Senkung der Personalkosten.¹ Die wirtschaftliche Erholung hat deshalb in der Industrie rasch zu einer Verbesserung der Ertragslage geführt. In der Binnenwirtschaft blieben die Gewinne anhaltend gut oder es resultierten auf gutem Niveau sogar Verbesserungen. Die Mittel für Lohnerhöhungen sind in den Firmen vorhanden.

Ertragslage in der Industrie
(Abweichung vom lgfr. Mittelwert)



Geschäftslage im Baugewerbe



Quelle: KOF-Umfragen (Saldowerte der gewichteten Firmenangaben).

Die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden steigen. Einmal mehr haben die öffentlichen Gebietskörperschaften ihre Einnahmen in den Finanzplänen massiv unterschätzt. So beispielsweise der Bund oder der Kanton Zürich. In den Budgets ist ausreichend Spielraum für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst.

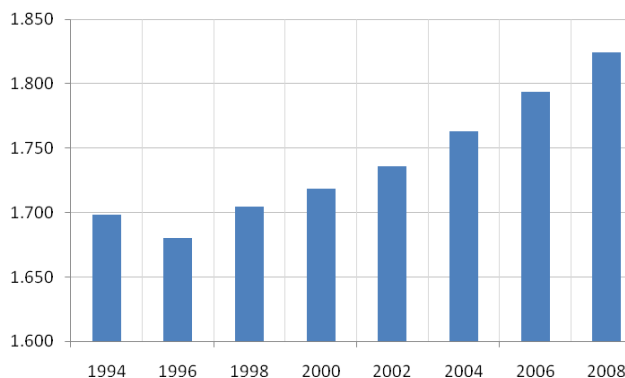
¹ Gemäss KOF Investitionsumfrage 2009. 76 Prozent der Firmen tätigen Rationalisierungsinvestitionen, davon 84 Prozent der Industriefirmen. 68 Prozent der Rationalisierungsinvestitionen zielen auf eine Senkung der Personalkosten.

Schlechte Lohnentwicklung im letzten Aufschwung für tiefe und mittlere Gehälter darf sich nicht wiederholen

Der letzte Konjunkturaufschwung der Jahre 2004 bis 2008 war für die Beschäftigten mit tiefen und mittleren Einkommen lohnmassig ungenügend. Darum muss alles daran gesetzt werden, dass das Gros der Beschäftigten in der sich abzeichnenden Konjunkturerholung nicht erneut als Verlierer dasteht. Beunruhigende Anzeichen, dass sich diese Ungerechtigkeit wiederholt, gab es allerdings bereits in der Lohnrunde 2009/2010, als die Arbeitgeber im Ausbaugewerbe (z.B. Schreiner) ihren Belegschaften eine Nullrunde verordneten, obwohl die Auftragsbücher voll waren und das Personal Überstunden macht.

Die grossen Profiteure des letzten Aufschwungs waren die hohen und höchsten Einkommen. Das sind nicht nur die Dougans und die Vasellas. Die Abzockerei ist ein Phänomen, welches nicht nur in die Höhe, sondern auch in die Breite gewachsen ist. Beispielsweise hat sich die Zahl der Arbeitnehmenden, die 1 Million Franken und mehr verdienen, in den Jahren 1997 bis 2006 vervierfacht (von rund 500 auf über 2000 Personen).² Gäbe es neuere Zahlen, wäre die Entwicklung noch ausgeprägter. Die obersten 5 Prozent der Beschäftigten sacken mittlerweile fast 20 Prozent der gesamten Lohnsumme in der Schweiz ein - gegenüber knapp 17 Prozent vor etwas mehr als 10 Jahren. Der Unterschied zwischen den hohen und den übrigen Einkommen hat sich erheblich vergrössert.

Verhältnis der obersten Dezilgrenze zum mittleren Lohn (Lohn der „obersten 10 Prozent“ im Verhältnis zum Medianlohn)



Quelle: Lohnstrukturerhebung

Elemente einer stabilisierenden und gerechten Lohnpolitik

Diese Öffnung der Lohnschere ist zu einem beträchtlichen Teil die Folge der Individualisierung der Lohnpolitik. Mit individuellen Boni und Mitarbeiterbeteiligungen wurde das Lohnniveau vor allem auf Kaderebene massiv in die Höhe geschraubt. Diejenigen, die die Personalbudgets hätten verteilen sollen, haben sich selber die grössten Stücke genommen. Grundlage für eine gerechte und ausgeglichene Lohnentwicklung sind deshalb generelle Lohnerhöhungen. Sie garantieren, dass die Personaletats an die tiefen und mittleren Einkommen weitergeben werden und nicht bei den Kadern hängen bleiben. Eine weitere Erfolgsbedingung ist der Ersatz von Boni durch Fixlöhne.

² Eigene Berechnungen auf Basis der AHV-Lohnstatistik.

Über die Lohnerhöhungen soll den Arbeitnehmenden ihr Anteil am Produktivitätsanstieg der Wirtschaft abgegolten sowie die Teuerung ausgeglichen werden. Weil die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität stark von Konjunkturschwankungen geprägt wird (der Absatz der Firmen bzw. das Bruttoinlandprodukt schwankt in der Regel stärker als die Zahl der Beschäftigten), sollte sich die Lohnentwicklung an einem längerfristigen Mittelwert orientieren. Dieser ergibt durchschnittliche jährliche Produktivitätszuwächse von rund 1.4 Prozent³. Die Teuerung beträgt im laufenden Jahr knapp ein Prozent, wobei die Teuerungsraten im zweiten Halbjahr tiefer sein werden als im ersten. Eine an der längerfristigen Produktivitätsentwicklung ausgerichtete Lohnpolitik wirkt gesamtwirtschaftlich stabilisierend, indem konjunkturelle Schwankungen nicht über Schwankungen bei den Lohneinkommen verstärkt werden.

Weitere wirtschafts- und einkommenspolitische Massnahmen

Auf 2011 zeichnet sich erneut ein massiver Krankenkassen-Prämienschock ab. Dieser wird die Arbeitnehmenden 0.5 bis 1 Prozent an Kaufkraft kosten. Dazu kommen die Mehrwertsteuererhöhung und die höheren Beiträge an die EO. Bund und Kantone werden den Prämienschock durch höhere Prämienverbilligung abfangen müssen. Denn bereits heute sind die Krankenkassenprämien für viele Haushalte mit mittlerem Einkommen nicht mehr tragbar. Das zeigt sich auch darin, dass der Ausgleich der höheren Krankenkassenprämien Teil der Lohnforderungen von SGB-Verbänden ist.

Die jüngste, erneute Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro gibt wieder verstärkt Anlass zur Sorge. Der gegenwärtige Franken-Euro-Kurs liegt weiter unter dem längerfristigen Gleichgewichtswert. Es besteht die Gefahr, dass die Schweizer Wirtschaft dadurch grundsätzlich konkurrenzfähige Arbeitsplätze verliert. Der SGB verlangt daher von der Nationalbank, dass sie sich dem starken Franken entgegenstemmt. Geldpolitische Massnahmen gegen Wechselkursausschläge sind nichts Aussergewöhnliches. Im Gegenteil ist das beispielsweise für Zentralbanken wie die Dänische, deren Währung an den Euro gekoppelt ist, alltäglich. Die dänischen Devisenreserven weisen deshalb grosse Schwankungen auf.

Die Lohnforderung der SGB-Verbände

Die SGB-Verbände fordern für 2011 den Ausgleich der Teuerung und den Anteil der Arbeitnehmenden am Produktivitätswachstum. Das entspricht einer Lohnerhöhung von zwei bis drei Prozent – und in den meisten Branchen aber von mindestens 150 Franken. Die Lohnerhöhungen sollen generell erfolgen.

³ Mittlere Produktivitätserhöhung („Business sector“) eines Konjunkturzyklus. Konjunkturzyklus definiert als Periode mit positiver und negativer Trendabweichung vom BIP (Hodrick- Prescott-Filter). Für den Zeitraum von 2002 bis 2008 ergibt das 1.4 Prozent.